

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION THÜRINGEN  
JÜRGEN-FUCHS-STRASSE 1 • 99096 ERFURT

UOKG e.V.  
Vorsitzender  
Dieter Dombrowski  
Ruschestraße 103  
Haus 1  
10365 Berlin



**Dirk Adams**  
Fraktionsvorsitzender  
dirk.adams@  
gruene-fraktion.thueringen.de

**Astrid Rothe-Beinlich**  
Sprecherin für Religion, Aufarbeitung  
und Frauen  
astrid.rothe-beinlich@gruene.de

Erfurt, 02.02.2018

### Ihr Schreiben zur Rückzahlung von SED-Vermögen

Sehr geehrter Herr Dombrowski,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben, auf dass wir als Sprecherin für Aufarbeitung und als Fraktionsvorsitzender gern gemeinsam antworten wollen. Sie sprechen darin völlig zu Recht eine mögliche Verwendung von Geldern aus dem sogenannten PMO-Vermögen an. Die Verwendung der rund 185 Millionen befindet sich aktuell in der Diskussion.

Vielen Dank auch für die beigelegte Denkschrift, die die Thematik der Zwangsarbeit von politischen Gefangenen in der ehemaligen DDR noch einmal vertieft darstellt und eindrücklich vor Augen führt, dass zumindest eine Entschädigung absolut angemessen ist.

Genau wie Sie sehen wir Defizite bei Rehabilitation und Wiedergutmachung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen. Zu viele Betroffene fallen durch die Vorgaben der Gesetze, weil sie einer bisher nicht berücksichtigten Opfergruppe angehören oder bisher nicht in der Lage waren, den auch schmerzhaften Prozess einer Rehabilitation und Wiedergutmachung für sich anzugehen, somit Fristen verstrichen oder z.B. weil es ihnen bisher nicht gelang, hinreichende Nachweise zu bekommen. Für uns ist klar, dass an den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen einige Veränderungen notwendig sind, eben, aber nicht nur, bei Fristen, einbezogenen Opfergruppen und erleichterter Nachweisführung oder Höhe und Gewährung der Opferpension. Über die Thüringer Landesregierung haben wir uns dafür stark gemacht, über den Bundesrat Änderungen an den Bundesgesetzen zu erwirken. Ein Beschluss dazu wurde heute im Bundesrat gefasst und das ist auch gut so.

Wir sehen mit Ihnen auch die Notwendigkeit eines Härtefallfonds. Dieser Fonds könnte u.a. auch schon bei einer Beratung vor einer Antragstellung Unterstützung bieten und sollte mindestens für jene bereitstehen, die nicht von der bisherigen Gesetzeslage erfasst werden.

Wir halten es, sicher auch mit Ihnen, aber auch für notwendig, die Anstrengungen bei der Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte, zu verstärken. Neben einer besseren Unterstützung von Betroffenen-Initiativen, Erinnerungs- und Gedenkstätten wollen wir auch die (wissenschaftliche) Forschung und Aufarbeitung verstärken.

Nun ist damit zu rechnen, dass 185 Millionen Euro aus dem Novum-Komplex nach Deutschland kommen, ca. 32 Millionen davon für Thüringen reserviert wären.

Für die Verwendung dieser Mittel, dies ist ja auch in Ihrer Denkschrift ausgeführt, gibt es seit 1994 bzw. 2008 eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund/BvS und den Ländern. Nach unseren Informationen laufen bereits erneute Verhandlungen zu Änderungen an der Vereinbarung.

Fast 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist es unseres Erachtens nicht mehr notwendig, den größeren Teil der Mittel in Wirtschaftsförderung zu lenken (abgesehen davon, dass die Länder das mindestens zuletzt auch nicht getan haben). Wir sehen eher, wie erwähnt, Bedarf bei der (wissenschaftlichen) Forschung und Aufarbeitung des SED-Unrechtes sowie der Unterstützung von Initiativen, Erinnerungs- und Gedenkstätten. Schon dies dürfte teilweise nicht mit der Verwaltungsvereinbarung übereinstimmen, die nur auf investive Maßnahmen abzielt


Einen Teil der Mittel für einen Fonds für soziale Härtefälle bereitzustellen, wie im letzten Absatz Ihrer Denkschrift werden wir als Idee aufgreifen und uns im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landesebene gern dafür einsetzen. Dabei wäre es denkbar, auch den Fonds der UOKG zu unterstützen.

Wie bereits erwähnt, ist es dazu in jedem Falle notwendig, die Verwaltungsvereinbarung zu ändern. Wir werden unsere Landesregierung auffordern, sich in diesem Sinne zu engagieren und erarbeiten diesbezüglich gerade auch einen Antrag für das nächste Plenum.

Gern halten wir Sie dazu auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

  
Astrid Rothe-Beinlich  
Sprecherin für Aufarbeitung

  
Dirk Adams  
Fraktionsvorsitzender